

Wählertäuschung ist strafbar, Wahl- betrug aber nicht!

Wahlbetrug durch Haushaltslüge

Beispiel Dortmund: In der zweitgrößten Stadt von NRW wählt man seit jeher mit Mehrheit die SPD.

Vor der Kommunalwahl am 30.8.2009 versicherte der scheidende OB Langemeyer (SPD) öffentlich, der Haushalt sei ausgeglichen, die Stadt würde mit »den zur Verfügung stehenden Mitteln« auskommen und rief zur Wahl seines Nachfolgers und bisherigen Stellvertreters, Stadtdirektor Sierau (SPD), auf. Der wurde auch gewählt, und die NRW-SPD bejubelte ihren Wahlsieg.

Einen Tag, genau 17 Stunden nach der Wahl, offenbarte Langemeyer zusammen mit seiner Stadtkämmerin Uthemann überraschend einen Fehlbetrag von bis zu 100 Millionen Euro in der Stadtkasse und ordnete eine sofortige Haushaltssperre an.

Sein Nachfolger, bis zu diesem Tag sein Stellvertreter, erklärte, er habe von dem riesigen Haushaltsloch und der drohenden Haushaltssperre nichts gewußt.

Unfähigkeit oder bewußter Wahlbetrug?

Erst nach der Bundestagswahl werden wir erfahren, ob Ähnliches möglicherweise auch für die Bundeskasse gilt.



Rote Karte
**für die
etablierten
Parteien**

Neue Besen kehren gut!

Man muß nicht mit allen Forderungen verschiedener kleiner Parteien übereinstimmen, um sie zu wählen. Und ob sie es in den Bundestag schaffen oder nicht, ist auch nicht das Entscheidende. Wichtig ist, daß den bisherigen Parteien klar wird, daß sie das Vertrauen des Volkes verloren haben, um sie zur Umkehr zu zwingen!

AUS DEM INHALT:

- Nach uns die Sintflut S. 2
- Geldverschwendung S. 3
- Fragen an die Parteien S. 5
- Antworten der Parteien S. 6-8
- Die Rote Karte zeigen S. 9-10
- »Du hast die Wahl« S. 11

Das offene Wort

Wählerbetrug ist ausdrücklich erlaubt

Im Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen Paragraphen 108a -»Wählerl Täuschung«:

»(1) Wer durch Täuschung bewirkt, daß jemand bei der Stimmabgabe über den Inhalt seiner Erklärung irrt oder gegen seinen Willen nicht oder ungültig wählt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.«

Nach allen Kommentaren liegt eine Strafhandlung vor, wenn der Wähler bei der Stimmabgabe durch Täuschung irrt, z. B. einen von ihm nicht gewollten Wahlzettel abgibt oder ungültig wählt oder nicht einmal erkennt, daß er wählt.

Dann aber heißt es im maßgeblichen StGB-Kommentar von Dreher-Tröndle auf Seite 799 wörtlich:

»Eine lügnerische Wahlpropaganda, die nur den eigenen Willen des Wählers lenkt, gehört dagegen nicht dazu.«

Deshalb endete auch der berühmte gewordene »Lügenauschuß« zu den Wahllügen im Bundestagswahlkampf 2002 wie das Hornberger Schießen. Damals wurde den SPD-Ministern vorgeworfen, wider besseres Wissen den Bundestag und die Öffentlichkeit vor der Wahl über die Haushaltslage getäuscht zu haben, um die Wiederwahl von Rot-Grün zu sichern. Damals ging es um die »Schulden-Lüge, die Maastricht-Lüge, die Renten-Lüge und die Gesundheitslüge«, so der damalige CDU/CSU Obmann Altmaier.

»Der Vorwurf ist ausgeräumt«, erklärte die linke Ausschußmehrheit damals abschließend, »Der Vorwurf ist bestätigt« – so Union und FDP.

So oder umgekehrt wird es auch beim nächsten Mal bleiben, fürchtet

Ihre Sabine Möller

Motto: Nach uns die Sintflut!

Der Bund plant bis zum Jahr 2013 nach den offiziellen und »bereinigten« Zahlen eine Neuverschuldung von 300 Milliarden Euro. Dennoch geht keine Partei in ihrem Wahlprogramm ernsthaft auf dieses dramatische Problem ein – außer den Nachfolgern des bankrotten SED-Regimes. Die versprechen »Reichtum für alle!«

In Wahrheit ist es noch viel schlimmer: Allein 2009/2010 haben wir eine Gesamt-Neuverschuldung von 1,4 Billionen Euro. Das Gesetz über die »Bad Banks« wurde verabschiedet. Laut einem geheimen Bericht der »SoFFin« haben die bundesdeutschen Banken 800 Milliarden Euro an faulen Papieren. Diese werden nunmehr »ausgelagert«, und zwar so, daß sie aus den Bilanzen der Banken verschwinden und der Bund sich verpflichtet, diese Papiere bei Fälligkeit in voller Höhe zu begleichen.

Da es sich bei diesen Papieren meist um verbrieftete Schrottimobilien handelt, Derivate und andere von den Banken in ihrem Spielkasino ausgeheckten und verschobenen Papiere ohne einen realen Werthintergrund, muß der Bund (also der Steuerzahler) bei Fälligkeit in voller Höhe dafür blechen.

Hinzu kommen die 500 Milliarden Euro, die Merkel, Steinbrück & Co. den Banken bereits teils gegeben, teils garantiert haben.

Weitere 100 Milliarden Euro kann man ansetzen für Schulden aus anderen »Rettungsmaßnahmen«, der jährlichen Neuverschuldung, der steigenden Kosten für kriegerische Auslandseinsätze, für die Weltbank, die Entwicklungshilfe und den Weltwährungsfonds.

Wenig bekannt ist, daß die Bundesrepublik (also Sie, liebe Leser!) auch noch Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg bezahlt:

Hitler hatte diese Zahlungen, die aufgrund der Kriegsschuldänge vom Deutschen Reich erpreßt worden waren, 1933 eingestellt.

Die BRD hat diese Zahlungen wieder aufgenommen, und wir werden auch im nächsten Jahr wieder einige Millionen Euro an die Sieger des Ersten Weltkrieges zahlen – vom Zweiten wollen wir gar nicht sprechen.

Die tatsächliche Neuverschuldung beträgt also für 2009/2010 rund 1,4 Billionen Euro und ist damit fast so hoch wie die bereits vor der Finanzkrise vom Bund, den Ländern und Kommunen angehäuften Schulden von 1,5 Billionen.

Man sollte denken, daß das die Menschen bewegt. In den Wahlprogrammen der Parteien ist das aber kein großes Thema.

Es ist höchste Zeit, sie abzuwählen!

Die SPD erwähnt eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine Börsenumsatzsteuer, CDU/CSU versprechen, die Neuverschuldung zu senken, die FDP will die Steuern senken, die Linken wollen die Steuern erhöhen und die Grünen fordern eine Vermögensabgabe.

Keiner dieser Vorschläge wird der Dimension dieses Schuldenproblems auch nur annähernd gerecht.

Im Wahlkampf der Bundestagsparteien findet das alles überhaupt nicht statt. Jeder, der sie wählen will, ist gut beraten, die Parteien und ihre Kandidaten zu befragen, welche Steuern ab wann angehoben und welche Sozialleistungen ab wann eingeschränkt werden sollen und einen Strafrechtsparagraphen für Wahlbetrug einzufordern!

ZUM NACHDENKEN

»Sie werden es nicht glauben, aber es gibt soziale Staaten, die von den Klügsten regiert werden; das ist bei den Pavianen der Fall.«

Konrad Lorenz (1903-1989)

Geldverschwendung ohne Ende!

Wir sind es leid, endgültig leid!

SPAREN?



Toll-Collect-Streit kostet Bund Millionen

Anwälte, Gutachter und Berater haben im Streit um die verspätete Einführung der Lkw-Maut zwischen der Bundesregierung und dem Betreiber »Toll Collect« nicht schlecht verdient. Bislang hat der Bund über 50 Millionen Euro gezahlt.

Der Streit zwischen der Bundesregierung und »Toll Collect« über die verspätete Einführung der Lkw-Maut hat bisher 54 Millionen Euro gekostet.

Der Bund klagt seit Herbst 2004 wegen der verspäteten Einführung der Maut auf 3,5 Milliarden Euro Schadenersatz und 1,6 Milliarden Euro Vertragsstrafe gegen das Konsortium.

»Toll Collect« reichte im Gegenzug Ende 2006 Klage wegen angeblich zu Unrecht gekürzter Betreibervergütung ein. Die beiden Schiedsverfahren sollen mindestens bis 2010 dauern, im Herbst soll die nächste mündliche Verhandlung stattfinden.

Ein paar Millionen hier – ein paar Milliarden dort

Wofür genügend Geld da ist:

- **25,8 Milliarden Euro** wird die Bundesrepublik im kommenden Jahr an die EU zahlen; **13,3 Milliarden Euro** mehr als von der EU nach Deutschland zurückfließen werden.
- Der Militäreinsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat bis Ende 2008 rund **2,9 Milliarden Euro** gekostet. Für 2009 sind weitere **498 Millionen Euro** veranschlagt, jeweils ohne die auch in Deutschland anfallenden Personalkosten.
- **48 Millionen Euro** sind in diesem Jahr für den Einsatz der Bundeswehr an der »Operation Enduring Freedom« am Horn von Afrika vorgesehen.
- **43,1 Millionen Euro** wird die »Piratenjagd« im Golf von Aden den Steuerzahler in diesem Jahr kosten.
- Die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes im Kosovo um weitere 12 Monate bis Juni 2010 kostet rund **156 Millionen Euro**.
- Um die Wirtschaft anzukurbeln, kauft die Bundesregierung 31 neue, gepanzerte Dienstwagen für **8,6 Millionen Euro**.
- **17,5 Milliarden Euro** will die Bundesregierung zur Verfügung stellen, um Unternehmen aus der Kreditklemme zu helfen.
- **7,5 Milliarden Euro** sind für die Übernahme der Ausfallrisiken für private Kreditversicherer eingeplant.
- Über den Finanzmarktstabilisierungsfonds »SoFFin« stellt die Bundesregierung ein Garantievolumen von rund **400 Milliarden Euro** für Banken mit Kreditproblemen zur Verfügung.
- **90 Milliarden Euro** Steuergelder wurden der Pleitebank »Hypo

Real Estate« bereits zugesichert und sind zum Teil schon darin versickert.

- **5 Milliarden Euro** gab die Bundesregierung den Bürgern als Anreiz für den Kauf neuer Fahrzeuge (Umweltprämie).
- Die Bundesregierung stellt in diesem Jahr **90 Millionen Euro** für den Bau von Radwegen an Bundesstraßen bereit.
- Die Personalausgaben des Bundes werden im kommenden Jahr auf **27,99 Milliarden Euro** steigen.
- **500 Millionen Euro** stellt die Bundesregierung für den »Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität« bereit, um bis 2020 eine Million Elektroautos in den Straßenverkehr zu bringen.
- Auf dem neuen, noch im Bau befindlichen Flughafen Berlin-Brandenburg läßt die Bundesregierung ein »Regierungsterminal« mit Abfertigungsgebäude für Staatsgäste und Minister bauen. Veranschlagte Kosten: **125 Millionen Euro**.
- Jeder Bundestagsabgeordnete kostet den Steuerzahler jährlich **400.000 Euro**.
- Das Bundesfinanzministerium überwies im vergangenen Jahr **14,28 Millionen Euro** an Beraterfirmen, das Innenministerium **1,26 Millionen** und das Auswärtige Amt **1,12 Millionen**. Das Wirtschaftsministerium soll dafür im kommenden Jahr **2,37 Millionen Euro** erhalten.
- **1,05 Milliarden Euro** überwies Bund und Länder bereits als Kredite an Opel.
- Für den »Kampf gegen Rechts« gibt die Bundesregierung jährlich **24 Millionen Euro** zur Finanzierung zumeist sehr fragwürdiger Projekte. Die SPD möchte diese Mittel nach einem Wahlsieg um weitere **6 Millionen Euro** aufstocken.

Keine Stimme den etablierten Parteien!

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.«

So steht es im Artikel 20 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland geschrieben.

Auf Bundesebene beschränkt sich dieses Recht für das Volk in der Realität auf das Recht, alle vier Jahre über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages zu entscheiden.

Das Recht, über den Bundeskanzler zu entscheiden, haben nur die gewählten Abgeordneten – nicht das Volk!

Wen oder was soll man wählen?

Soll man die Grünen wählen, weil man sich für Umweltschutz einsetzt?

Soll man SPD wählen, weil man Angst um seinen Arbeitsplatz hat?

Soll man CDU/CSU wählen, weil diese die Wirtschaft voranbringen?

Soll man FDP wählen, weil sie die Steuern senken will?

Soll man Die Linke wählen, weil man soziale Gerechtigkeit will?

Mindestens eine dieser Fragen könnte jeder mit »Ja« beantworten. Leider klafft die Schere bei allen Parteien zwischen Realität und Wahlversprechen weit auseinander.

Jede dieser Parteien hat auf Bundes- oder Landesebene bereits mehrfach eine Regierung gestellt oder war an dieser beteiligt. Was hat uns dies bisher gebracht?

Eine Wirtschaft, die durch ein Versagen der Politik von der Finanzkrise gebeutelt wird.

Eine Bundeswehr, die seit 1999 an Kriegseinsätzen beteiligt wird (für den damaligen »grünen« Außenminister Fischer mußte sogar Aushwitz als Begründung herhalten).

Stimmzettel
für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag
am 27. September 2009

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme
für die Wahl
eines/einer Wahlkreisabgeordneten

Erststimme

1	SPD	<input type="radio"/>
2	CDU/CSU	<input type="radio"/>
3	FDP	<input type="radio"/>
4	DIE LINKE	<input type="radio"/>
5	GRÜNE	<input type="radio"/>
SONSTIGE		<input checked="" type="radio"/>

hier 1 Stimme
für die Wahl einer Landesliste (Partei)
- maßgebliche Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -

Zweitstimme

<input type="radio"/>	SPD	1
<input type="radio"/>	CDU/CSU	2
<input type="radio"/>	FDP	3
<input type="radio"/>	DIE LINKE	4
<input type="radio"/>	GRÜNE	5
<input checked="" type="radio"/>	SONSTIGE	

Ein soziales Netz, dessen Maschinen immer größer werden, einschließlich einer Zwei-Klassen-Medizin.

Eine Ökosteuer, die mit »öko« so viel zu tun hat wie ein Seepferd mit einem Pferd.

Eine Familien- und Bevölkerungspolitik, die den Namen nicht verdient.

Eine stetig steigende Staatsverschuldung, für die unsere Kinder und Enkel in Zukunft geradestehen müssen.

Eine dieser Parteien ließ bereits gerichtlich feststellen, daß sie Rechtsnachfolger der stalinistischen SED ist, einer Partei, die schon einmal einen Staat ruiniert hat!

Bei der Bundestagswahl gilt nur eins: Die Versagerparteien abwählen!

Dabei ist es beinahe egal, wo man sein Kreuz macht, Hauptsache nicht bei den ersten fünf!

Das Argument, die »Sonstigen« hätten keine Ahnung von Politik, kann man getrost beiseite schieben. Merkel & Co. kochen auch nur mit Wasser, ohne ein Heer von Beratern wären auch sie ziemlich hilflos!

Gehen Sie zur Wahl und zeigen Sie den etablierten Parteien symbolisch die »Rote Karte«, damit es nach der Wahl heißt:

Neue Besen kehren gut!

JEDE STIMME ZÄHLT!

Wen kann man heute noch wählen?

Wie vor jeder größeren Wahl stapeln sich auch diesmal wieder die Briefe unschlüssiger UN-Leser, die von den Unabhängigen Nachrichten gern erfahren möchten, wen man denn heute noch guten Gewissens wählen kann.

Würde die Frage singgemäß lauten, wen man nicht wählen sollte, wäre die Antwort einfach: Alle Par-

- **Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung (Volksabstimmung)**
- **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)**
- **Rentner-Partei-Deutschland (RENTNER)**
- **Die Republikaner (REP)**

UNABHÄNGIGE FREUNDESKREISE **UN** UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

Freundeskreis UN e.V., Postfach 400 215, 44736 Bochum

Bestellungen bitte an unsere Zentrale unter:
 Tel.: 0208 / 84 01 32
 Fax: 0208 / 84 87 057

UN, Postfach 400215, D-44736 Bochum
 info@un-nachrichten.de
 Es schreibt Ihnen: **Torsten Schmidt**

UN-Sonderausgabe zur Bundestagswahl 2009 23. Juli 2009

Pünktlich zur Bundestagswahl möchten die UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN (UN) dem deutschen Wähler die Möglichkeit bieten, sich über einige Parteien zu informieren, die vom Kartell etablierter Parteien samt veröffentlichter Meinung kaum Gelegenheit zur Selbstdarstellung bekommen oder gleich ganz verschwiegen werden.

Sie erhalten nachfolgend einen Katalog kurzer Grundsatzfragen zu Schicksalsfragen der Nation bzw. solchen Themen, welche die Deutschen heute vordringlich beschäftigen.

inhaltsgleicher Brief an die Parteivorstände

teien, die auf Bundes- und Landesebene bereits versagt haben, sind nicht mehr wählbar!

Wir haben daher die Vorstände folgender Parteien, die neben CDU, CSU, FDP, Grünen, Linkspartei/PDS und FDP zur Bundestagswahl antreten, angeschrieben mit der Bitte, die drängendsten Fragen unserer Leser zu beantworten:

- **Deutsche Volksunion (DVU)**
- **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**
- **Familien-Partei Deutschlands (FAMILIE)**
- **Die Violetten; für spirituelle Politik (DIE VIOLETTEN)**
- **CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)**
- **Piratenpartei Deutschland (PIRATEN)**
- **Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)**

- **Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)**
- **Deutsche Zentrumspartei – Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870 (ZENTRUM)**

Für die Antworten der Parteien hatten wir jeweils eine Seite vorgesehen, auch wenn dadurch diese Ausgabe in größerem Umfang als gewohnt erschienen wäre.

Leider konnten oder wollten von den 13 angeschriebenen Parteien nur drei (!) die nebenstehenden Fragen unserer Leser beantworten.

Auf den folgenden drei Seiten dokumentieren wir die eingegangenen Antworten von Christlicher Mitte, Familien-Partei und NPD und bitten unsere Leser, deren Stellungnahmen bei ihrer Wahlentscheidung mit zu berücksichtigen. Natürlich sollte auch der Grundsatz gelten: »Keine Antwort ist auch eine Antwort«.

Unser Fragenkatalog für kleine Parteien, die zur Bundestagswahl 2009 antreten:

1. Bitte stellen Sie Ihre Partei in einigen Sätzen vor!
2. Arbeitslosigkeit, Banken- und Wirtschaftskrise, Heuschreckenkapitalismus und ein wachsender Niedriglohnsektor drücken die Menschen in unserem Land. Was kann der Wähler von Ihrer Partei im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik erwarten?
3. Die Mehrheit der Deutschen ist gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Bundestag und Bundesregierung handeln jedoch beharrlich gegen den Volkswillen. Wie steht Ihre Partei dazu und wie würden Sie Ihren Standpunkt vor den Bündnispartnern der BRD vertreten?
4. Die Mehrheit der Deutschen und Europäer sind gegen die EU in ihrer jetzigen Form und insbesondere gegen den weiteren Ausbau der Eurokratur durch eine Quasi-Verfassung wie den Vertrag von Lissabon. Welche Lösungsansätze für das europäische Parkett hält Ihre Partei parat?
5. Die Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land. Wie wollen Sie den niedrigen Geburtenraten der Deutschen und der immer noch zügellosen Einwanderung von Ausländern entgegenarbeiten?
6. Wie steht Ihre Partei zum Thema Volksabstimmungen und Direktwahl des Bundespräsidenten?
7. Bringt Ihre Partei qualifizierte Kandidaten für die Bundestagswahl mit, die in der Opposition den Kampf mit den Altparteien durch ernsthafte politische Arbeit aufnehmen können?

Antwort der Partei Christliche Mitte (CM):**Christliche Mitte für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)**

Die Christliche Mitte für ein Deutschland nach GOTTES Geboten verlangt, daß Gesetze, die Kleinstkindmord zulassen, Islamisierung, Homo-Paraden, Esoterik-Verbreitung abgeschafft werden. Solche Gesetze beschleunigen den Untergang eines christlichen Deutschland.

Zu all diesen Fragen hat die Christliche Mitte fundierte Antworten verfaßt, die im KURIER ständig aktualisiert werden, der CM-Monatszeitung für Religion und Politik, die auch im Internet unter www.christliche-mitte.de erreichbar ist. Kurz-Informationen zu all diesen Fragen sind gratis beim KURIER (Pf. 2168, 59531 Lippstadt) erhältlich, als Broschüre oder Buch zum Selbstkostenpreis.

Ohne Bekenntnis zu GOTT ist Deutschland verloren, dessen germanische Stämme erst über Bibel und Christenheit zur Einheit gefunden haben und damit die deutsche Kultur zur Blüte führten.

Die Christliche Mitte fordert das Verbot des antisemitischen und antichristlichen Koran zumindest für den Schulunterricht und kann nicht hinnehmen, daß dem Islam – einer Mischform von Religion und Politik mit diktatorischen Ausmaßen (Scharia!) – Religionsfrei-

heit zugebilligt wird, da er die Demokratie nicht anerkennt und in keinem der 57 islamischen Staaten (von ca. 200 Staaten weltweit) je erreicht hat.

Zu 2: Die Christliche Mitte verlangt eine gerechtere Verteilung der bezahlten Arbeit. Alle Arbeitnehmer müssen Einbußen hinnehmen, indem die bezahlten Arbeitszeiten begrenzt werden. Solidarität ist erforderlich!

Zu 3: Die Christliche Mitte lehnt Auslandseinsätze in islamischen Ländern ab. Diese sind aufgrund ihrer Ideologie unfähig zur Demokratie. Einsätze dagegen z. B. gegen Piraten sollen zulässig sein.

Zu 4: Die Eigenständigkeit jedes europäischen Volkes ist zu achten. Der Lissabon-Vertrag in seiner jetzigen Form ist deshalb abzulehnen. Gesetze sind nationalen Parlamenten vorbehalten. Dann erst sind weitere Übereinkünfte möglich. Der EU-Beitritt der Türkei ist abzulehnen.

Zu 5: Dem Deutschenchwund ist durch besseren Schutz der Familie entgegenzuwirken. Das Kindergeld muß – nach wiederholten Mahnungen des Bundesverfassungsgerichtes – entschieden erhöht worden. Die Abtreibungsseuche ist zu bekämpfen, auch weil sie der Würde der menschlichen Person widerspricht. Der Mensch ist



Mensch von Anfang an – bis zu seinem natürlichen Tod.

Um dem Asyl-Mißbrauch entgegenzuwirken, ist jeder Asyl-Bewerber von Anfang an zu gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen.

Zu 6: Mehr Volksabstimmungen und die Direktwahl des Bundespräsidenten sind anzustreben.

Zu 7: Die Christliche Mitte besitzt qualifizierte Berater, die – aufgrund der christlichen Soziallehre – bereits durch Veröffentlichungen hervorgetreten sind, z. B. »Irrwege des Glücks – Esoterische Medizin von A bis Z« (240 S.), »Islam von A bis Z, ein Kurzlexikon« (70 S.), »Moscheen in Deutschland – Stützpunkte islamischer Eroberung« (220 S.), »Christen antworten Atheisten« (30 S.), »Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Homosexualität«, »Der Prophet Allahs« (115 S.).

Kontakt und weiterführende Informationen:

CHRISTLICHE-MITTE
Lippstädter Str. 42
59329 Liesborn
www.christliche-mitte.de

Antwort der Familien-Partei Deutschlands (Familie):**1. Vorstellung der Partei**

Die FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS setzt sich für die Interessen der Familien ein, denn es geht ihr um die Zukunft unserer Gesellschaft. Um nur zwei Schwerpunkte zu nennen:

- Ein ungerechter Familienleistungsausgleich führt zu einem dramatischen Geburtenrückgang, zu Verwerfungen im Bevölkerungsaufbau und zur Verarmung vieler Eltern (insbesondere von Müttern) im Alter.
- Die immense Staatsverschuldung belastet kommende Generationen mit den Problemen von heute ebenso wie der verantwortungslose Umgang mit Umwelt und Ressourcen.

Wir stehen für eine grundlegende finanzielle Entlastung der Familien (kostendeckendes Kindergeld und Gehalt für häusliche Erziehungs- und Pflegearbeit) und für das Stellvertreterwahlrecht der Eltern für ihre Kinder.

Ein Slogan von uns lautet: »Kleine Stachel bringen große Elefanten auf Trab«. Mit jeder Stimme, die wir erhalten, hoffen wir, die etablierten Parteien dazu zu bewegen, endlich die Situation von Menschen mit Kindern zu verbessern und vor allen Dingen zukunftsorientierte Gemeinwohlsentscheidungen durchzusetzen.

2. Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Alles politische, soziale und wirtschaftliche Handeln muss dem Prinzip der Nachhaltigkeit entsprechen: Die Lebensweise der gegenwärtigen Generationen darf nicht in unerträglicher Weise künftige Generationen belasten. Dies gilt auch für die Staatsfinanzen, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen.

Wir treten für die soziale Marktwirtschaft ein. Die Beteiligung der Wirtschaft an der Finanzierung und Erhaltung der sozialen Sicherungssysteme ist Bestandteil

einer sozialen Marktwirtschaft.

Dies muss beibehalten und gefördert werden. Die Wirtschaft muss ihrer sozialen und kulturellen Verantwortung gerecht werden.

Arbeit muss neu definiert werden (auch Familienarbeit ist Arbeit), muss bezahlbar sein und ist neu zu organisieren.

3. Auslandseinsätze der Bundeswehr

Die Familien-Partei Deutschlands sieht die Friedenserhaltung und die Kriegsvermeidung als wesentliche Aufgabe der Außenpolitik an. Sie wendet sich gegen die Ausnutzung anderer Völker und die Zerstörung fremder Lebensräume zur Befriedigung eigener Bedürfnisse.

Die schlimmste Bedrohung des weltweiten Friedens ist die wachsende Ungerechtigkeit der Lebensverhältnisse. Eine Welt, in der 20 Prozent aller Menschen über 80 Prozent der Güter und Produktionsmittel verfügen, kann keinen Frieden finden. Von daher ist Entwicklungspolitik – als »Hilfe zur Selbsthilfe« – für die Familien-Partei Deutschlands die Voraussetzung jeder Friedenspolitik. Daher sind Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht zur Befriedigung von Krisenregionen sinnvoll.

4. EU

Wir treten für ein vereintes Europa ein. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sollten innerhalb der EU angeglichen werden. Die Vielfalt der Regionen ist zu erhalten. Die direkte Bürgerbeteiligung ist zu stärken, das EU-Parlament muss eine stärkere Stellung gegenüber der EU-Kommission erhalten.

5. Demographie

Die Familien-Partei betrachtet mit Sorge die niedrigen Geburtenzahlen in Deutschland und benennt ihre politischen Ursachen. Unsere Parteiarbeit bezieht auch die hier lebenden Ausländer mit



ein. Wir glauben aber nicht, dass man mit massiver Einwanderung das Geburtendefizit in Deutschland sinnvoll ausgleichen kann. Daher fordern wir die Stärkung der Familien.

6. Volksabstimmungen

Wir bekennen uns zu einer repräsentativen Demokratie. Als Reformpartei wollen wir Veränderungen bewirken, die langfristig tragende Gemeinwohlsentscheidungen vor das Streben nach kurzfristigem politischen Machterhalt stellen. Es sind Rahmenbedingungen für eine verlässliche, zukunftssichere Politik zu schaffen, die über die jeweilige Legislaturperiode hinaus denkt.

7. Qualifizierte Kandidaten

Die Kandidaten unserer Partei haben alle ihr Können als verlässliche Eltern und z.T. Großeltern unter Beweis gestellt. Es sind unterschiedlichste Berufe vertreten. Wir arbeiten seit vielen Jahren an politischen Reformen, auch wenn dies bisher nur auf kommunaler Ebene in Form von Mandaten möglich war.

Die etablierten Parteien kommen allein aus ihren eingefahrenen Gleisen nicht mehr heraus.

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf!

Unterstützen Sie uns finanziell!

Werden Sie Mitglied!

Arbeiten Sie mit!

Wählen Sie die Familien-Partei!

Kontakt und weiterführende Informationen:

Dagmar Feldmann
Bundesgeschäftsführerin
Borlinghauser Str. 16
34414 Warburg
www.familien-partei.de

Antwort der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD):

1.

Die NPD wurde am 28. November 1964 in Hannover gegründet. Zur Zeit hat die NPD rund 7.000 Mitglieder in 16 Landesverbänden und rund 250 Kreisverbänden.

Die Programmatik der NPD fußt auf dem »Lebensrichtigen Menschenbild«. Dieses weltanschauliche Fundament begründet die Einzigartigkeit der NPD im Vergleich zu allen anderen Parteien im politischen System der BRD.

2.

Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind eng miteinander verzahnte Politikfelder. Politikfähigkeit in diesen Bereichen ist abhängig von dem Grad der nationalen Souveränität und damit der Unabhängigkeit von Entscheidungen Dritter, die den arbeitenden Deutschen schaden.

Durch die Interessenvertretung der bundesrepublikanischen Exportindustrie, die EU, die OECD und die WTO ist die BRD nur marginal handlungsfähig, weil die politischen Entscheidungsträger wegen der globalistisch bedingten strukturellen Schiefelage nur eng begrenzt reagieren können, aber unfähig sind zu agieren.

Deswegen ist die Herstellung nationaler Souveränität die wirkungsvollste Krisenbekämpfung, da sie die globalistisch bedingte Strukturschwäche beseitigt und eine agierende Konjunkturpolitik ohne negative Einflüsse von Dritten ermöglicht.

Die NPD wird ein staatlich aktiv gelenktes Konjunkturprogramm auflegen, mit dem Ziel der Schaffung von Vollbeschäftigung. Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist nur dann erfolgreich, wenn Vollbeschäftigung erreicht wird, das raffende Kapital zu Gunsten des Volkes

umverteilt wird und das schaffende Kapital gefördert wird.

3.

Die NPD lehnt die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab, da sie nicht dem Frieden dienen, sondern nur der Interessendurchsetzung von Kapitalisten. Für die NPD gibt es keine noch so blumig vorgetragene weltanschauliche Rechtfertigung für Angriffskriege. Die vorsätzliche oder fahrlässige Tötung von Menschen mit Menschenrechten und westlichen Werten zu begründen ist unmoralisch und inhuman.

Die NPD wird gegenüber den Bündnispartnern diese Haltung verdeutlichen, in dem Deutschland aus der NATO austreten wird.

4.

Die NPD fordert in ihrem Europaprogramm den Umbau der Europäischen Union (EU) in einen Europäischen Bund der Vaterländer (EB). In einem EB wird es keine supranationalen, die Souveränität der Mitgliedsstaaten behindernden Einrichtungen wie eine »Europäische Kommission« oder die demokratischen Rechte der Nationen einschränkende »Europäisches Parlament« geben.

Der EB muß auf vollständig freiwilliger Grundlage vorrangig fünf Ziele verfolgen: erstens durch einen besonderen Militärpakt raumfremde Mächte aus Europa fernhalten; zweitens die Einwanderung von Nichteuropäern unmöglich machen und die Heim- oder Weiterwanderung der bislang Eingewanderten betreiben; drittens die Rechtsverhältnisse angleichen und damit viertens die Struktur der Verwaltungsverhältnisse einheitlich gestalten; sowie fünftens die Raumorientierung der Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten aktiv betreiben.



5.

Die NPD wird eine aktive Volkspolitik einleiten. Mit der wirtschaftlichen Absicherung von Familien mit Kindern durch ein Müttergehalt und ein angemessenes Kindergeld ausschließlich für Deutsche werden die Geburtenzahlen sprunghaft steigen.

Die NPD wird aktiv und sehr energisch die Heim- oder Weiterwanderung der Migranten betreiben.

6.

Die NPD fordert seit langem die Direktwahl des Bundespräsidenten und die Ausweitung seiner Kompetenzen und wird diese Forderungen umsetzen. Ebenso wird die NPD auf der Bundesebene Volksabstimmungen zu lebenswichtigen Fragen des deutschen Volkes, wie Währung, Einwanderung und Krieg, einführen.

7.

Die Kandidaten der NPD werden den Kampf mit den Etablierten sachlich und kompetent führen. Auf den Listen der NPD kandidieren zahlreiche erfahrene Parlamentarier, die ihre Kompetenz in Landtagen und Kommunalparlamenten unter Beweis gestellt haben.

Kontakt und weiterführende Informationen:

NPD-Parteizentrale
Postfach 84 01 57
12531 Berlin
www.npd.de

Wählen ist das einzige, was wir noch dürfen:

Zeigen Sie den Parteien die Rote Karte!

In weiten Kreisen unseres Volkes machen sich Mutlosigkeit, Verzweiflung und sogar offene Wut breit. Viele Menschen fühlen sich gegenüber den immer größer werdenden Problemen unserer Zeit alleine gelassen. Sie haben kein Vertrauen mehr zu den Politikern und Parteien, die für die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen die Verantwortung tragen.

Durch Wahlen in bisheriger Weise (immer das kleinere Übel zu wählen) wird sich zwar wenig ändern (sonst wären Wahlen längst verboten), aber sie geben wenigstens die Gelegenheit, den Parteien, die unser Volk an den Rand des Abgrunds geführt haben, die Rote Karte zu zeigen.

ROTE KARTE für die Geschichtsfälschung

Bekanntlich wird die Geschichte nicht vom Besiegten, sondern vom Sieger geschrieben. Die Alliierten Siegermächte machen Deutschland zum Alleinschuldigen am 2. Weltkrieg. Verbrechen an der Menschheit wurden nach Darstellung der Sieger nur von Deutschen begangen. Tributzahlungen direkter und indirekter Art in der Größenordnung von Hunderten von Milliarden waren die Rechnung, die uns dafür präsentiert wurde. Die »Vorleistungen« aus dem Marshallplan der Sieger, die nicht einmal den Wert des beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens erreichten, mußten von uns sehr teuer zurückgezahlt werden.

Unsere Politiker erneuern ständig im Stile von Chefanklägern die Vorwürfe der Siegermächte und legen zum Teil unaufgefordert Schuldbekennnisse im Namen des Deutschen Volkes ab. Bis hin zum höchsten Repräsentanten des Staates schrecken sie selbst

davor nicht zurück, die millionenfache Vertreibung Deutscher als »erzwungene Wanderschaft« zu verniedlichen und die an Deutschen begangenen Kriegsverbrechen in Abrede zu stellen.

Jährlich am 8. Mai feiert man in Berlin als Höhepunkt der Geschichtsklitterung die Niederlage Deutschlands als »Sieg für Deutschland« und als »Befreiung«.



ROTE KARTE für die Verzichtspolitik

Die unerbittlichsten Verfechter der dauerhaften Teilung Deutschlands waren deutsche Politiker. Adenauer z. B. hatte sich vehement gegen den Wiederanschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik und gegen Berlin als Hauptstadt ausgesprochen. Grüne und SPD wollten vor 1989 die Präambel des Grundgesetzes, in dem das Gebot zur Wiedervereinigung verankert war, ersatzlos streichen. Strauß und Co. stützten das marode SED-Unrechtsregime mit Milliarden D-Mark. Brandt bezeichnete die Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands als größte »Lebenslüge« der Nachkriegsgeschichte, bis er eines Besseren belehrt wurde. Die Regierung Kohl/Genscher ver-

schenkte durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ein Drittel Deutschlands und zahlte darüber hinaus noch Milliarden an Polen.

Während die SPD noch 1963 den Vertriebenen gegenüber den Schwur tat »Verzicht ist Verrat!« (vgl. UN 7/2009) versicherte die letzte SPD-Regierung wie die heutige CDU-Regierung den Polen, ihre Regierungen würden alles tun, Entschädigungs- oder Rückgabeansprüchen deutscher Vertriebener vor deutschen oder europäischen Gerichten entgegenzutreten.

ROTE KARTE für die Umweltzerstörung

Wachstum, Wachstum über alles, das ist die Maxime unserer Politiker. Daß dabei unsere Umwelt zerstört wird oder schweren Schaden nimmt, spielt selbst für die ehemaligen »Grünen« offenbar keine Rolle mehr. Sie setzen unsere Lebensgrundlagen leichtfertig aufs Spiel, um den kapitalistischen Interessen zu dienen.

Steigende Umweltverschmutzung, verseuchtes Trinkwasser und ein immer größer werdendes Ozonloch gefährden unsere Gesundheit. Verstärkt auftretende Erkrankungen, ja sogar die Ausbreitung von Krebs sind die zwangsläufigen Folgen.

ROTE KARTE für Demontage der sozialen Errungenschaften

Lange wurde Deutschland vom Ausland wegen seiner vorbildlichen Kranken- und Sozialversicherung beneidet und damit Flüchtlinge aus aller Welt ange lockt. Durch eine unverantwortliche Bevölkerungspolitik, durch unsoliden Finanzgebaren und durch die Aushöhlung des Solidargedankens sind unsere Renten sowie die Versorgung der

Kranken und Schwachen gefährdet. Die Armut unter Deutschen nimmt sprunghaft zu. Obdachlose Deutsche, die zum Teil schon unter Brücken schlafen, stören unsere Politiker nicht; Hauptsache, die Diäten stimmen. Statt verantwortungsbewußt zu handeln werden die wahren Verhältnisse verschleiert.



ROTE KARTE

für die Verschleuderung von Steuergeldern

Die Politiker der Nachkriegszeit sind immer weniger Diener des Staates, sondern zunehmend seine Verdienner. Die grundgesetzwidrige Inbesitznahme des Staates durch die Parteien und dessen finanzielle Ausbeutung durch sie nimmt immer schamlosere Formen an (vgl. die Parteienfinanzierung). Der Parteienfilz, die Selbstbedienungsmentalität und die Korruption ufern immer mehr aus. Unser Geld wird von den Politikern mit vollen Händen unter sachfremden Erwägungen ausgegeben, ohne Rücksicht auf die eskalierende Staatsverschuldung. Im Ausgabenrausch machen sie Deutschland zum Zahlmeister Europas und der übrigen Welt. Sie haben keine Skrupel, immer mehr Steuern und Abgaben aus ihrem Volk herauszupressen.



ROTE KARTE

für den Austausch des Deutschen Volkes

Das Deutsche Volk soll nach dem Willen der im Bundestag vertretenen Parteien durch eine »multikulturelle Gesellschaft« ersetzt werden. Während Kohl noch heuchlerisch beteuerte, Deutschland sei kein Einwanderungsland, wurden unter seiner CDU-Regierung jährlich bis zu 500.000 Asylbewerber ins Land gelassen. Bis heute wird der Zuzug von Ausländern mit deutschen Steuergeldern massiv gefördert. Über eine Million illegaler Zuwanderer

lassen sie im Land. Dem früheren Straßenkämpfer Joseph Fischer als Außenminister Schröders war das noch nicht genug: Durch den berühmten »Visa-Erlaß« förderte er die Einschleusung von vielen tausenden osteuropäischen Schwarzarbeitern, Kriminellen und Prostituierten.

Die Legalisierung der massenhaften Tötung ungeborener deutscher Kinder (Abtreibung) beschleunigt die Wandlung der Bundesrepublik Deutschland zur »multikulturellen Gesellschaft«, da der fehlende Nachwuchs durch Ausländer ersetzt wird. Eine familien- und kinderfeindliche Politik, wie z. B. der völlig unzureichende »Familienlastenausgleich« und weitere Benachteiligungen der deutschen Familien bei gleichzeitiger millionenschwerer Förderung ausländischer Kinder (zusätzliche fremdsprachliche Kindergärtnerinnen, Sprachkurse, Förderklassen) fördern die Umvolkung.



ROTE KARTE

für die Preisgabe der Souveränität und der Währungshoheit

Während die osteuropäischen Völker nach mehr als 70jähriger Haft im Völkergefängnis des Kommunismus sich auf ihre nationale Identität besonnen und ihre staatliche Souveränität zurückgewonnen haben, soll Deutschland in einem Europa ohne Nationalstaaten unwiderruflich untergehen. Helmut Kohl stellte mit den EU-Verträgen die Weichen für die Auflösung des Nationalstaates, Schröder und Merkel lenkten mit der Zustimmung zur EU-Osterweiterung den Zug auf diesen Gleisen ins Nirgendwo.

Die mit dieser Politik verbundenen Vorleistungen und die Folgeleistungen zu Lasten Deutschlands sind unverantwortlich, vor allem im Hinblick auf die gewaltigen Aufgaben, die in unserem Land dringend auf Erledigung warten. Deutsches Geld aus deutschen Steuern wird nicht für die Lösung

der gesellschaftlichen Probleme im eigenen Land verwendet, sondern u.a. zur Einebnung des sozialen Gefälles in Europa verschleudert. Unsere Nachbarn denken nach wie vor zuerst an sich selbst, Kohl, Schröder und Merkel dachten und denken fast ausschließlich an Eurotopia und die übrige Welt.

Die stabile Deutsche Mark, Inbegriff deutschen Fleißes, deutscher Sparsamkeit und deutscher Schaffenskraft, wurde auf dem Altar der EU geopfert, die deutschen Devisenreserven verschenkt – nichts soll mehr an den deutschen Nationalstaat erinnern.

Was ist zu tun?

Noch ist es Zeit, den Ausverkauf Deutschlands, die Vollendung einer »multikulturellen Gesellschaft« auf deutschem Boden, die weitere soziale Demontage, die Auflösung aller Wertvorstellungen und die Zerstörung unserer Umwelt zu stoppen!

Lassen Sie die Parteien, die vor dem Volk und der Geschichte so jämmerlich versagt haben, nicht weiter am Volk vorbeiregieren und pflichtwidrig gegen die Lebensinteressen unseres Volkes handeln!

Praktizieren Sie Demokratie und machen Sie von Ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch. Wählen Sie nur noch Parteien, die sich für das deutsche Volk und seine Zukunft einsetzen, auch wenn diese Parteien noch nicht im Parlament vertreten sind.

Keine Stimme verdienen die selbsternannten »staatstragenden« Parteien, die mit massiver Unterstützung gleichgeschalteter Massenmedien, Kirchen und Gewerkschaften und unter Einsatz auch undemokratischer Mittel deutsche Interessen und deutsche Patrioten bekämpfen und diffamieren, um weiter an der Macht zu bleiben und fremden Interessen zu dienen.

»Du hast die Wahl«

Angela Merkel klopft an die Himmelstür und begehrt Einlaß. Petrus öffnet und entscheidet nach freundlichem Wangenkuß: »Normalerweise entscheiden wir, wer in den Himmel darf und wer in die Hölle kommt. Du aber bist die mächtigste Frau der Welt, Du kannst einen Tag in der Hölle und einen Tag im Himmel verbringen und dann selbst entscheiden: **Du hast die Wahl!**«

Erzengel Gabriel führt Angela in den Fahrstuhl und sie fahren runter in die Hölle. Sie sieht alle ihre Freundinnen und Freunde, die sie fröhlich begrüßen und herumführen. Man spielt Golf, sitzt am Schwimmbad, in Lokalen, die Leute essen, trinken, hören Musik, spielen Karten, und auch der Teufel scherzt und lacht mit ihnen, abends Tanzerei, man amüsiert sich.

Am nächsten Tag holt Gabriel Angela ab und sie fahren wieder in

den Himmel. Da erlebt sie einen Tag lang die Leute stumm betend, sinnierend und leisen Klängen lauschend auf weißen Wolken sitzen, und nichts geschieht.

Am nächsten Morgen fragt der Erzengel: »Angela, hast Du gewählt?« »Ja, hier oben ist das Paradies, aber in der Hölle ist Wohlstand für alle – das war immer mein Ziel.«

Also fahren sie nach unten, die Tür öffnet sich, und zwei knochig verhungerte Elendsgestalten ziehen sie rein. Sie steht in einer Wüste, unerträglich heiß, ihre Freundinnen in zerrissenen Lumpen hecheln nach Wasser und sammeln eßbare Abfälle. »Wo ist das, was ich vorgestern gesehen habe?« fragt sie den Teufel.

Höhnisch grinsend antwortet der: »Angie, Du hattest die Wahl! Vorgestern war vor der Wahl – heute ist nach der Wahl!«



Sie wollen den etablierten Parteien zur Wahl die »Rote Karte« zeigen?

Und Ihr Nachbar?

Bestellen Sie 10, 20, 50 oder 100 Exemplare dieser Ausgabe nach – damit es auch in Ihrer Nachbarschaft heißt:

»Neue Besen kehren gut!«

Anruf genügt: 0208-840132

Liebe Leser, ganz privat:

Auch Lügenpropaganda wird belohnt: Jährlich bis zu 133 Millionen Euro für die Parteien

Im Rahmen ihrer Selbstbedienungsmentalität haben die im Bundestag vertretenen Parteien per Gesetz verfügt, daß der Steuerzahler sie zwangsfinanzieren muß.

Aufgrund des Parteiengesetzes erhalten sie aus dem Steueraufkommen gemäß § 18 »Staatliche Mittel als Teilfinanzierung der allgemein ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeit« in Höhe von (zur Zeit) maximal 133 Millionen Euro jährlich (absolute Obergrenze).

Das Gesetz gibt aber dem Bundestag das Recht, jährlich eine »Anpassung des Betrages der absoluten Obergrenze« zu beschließen, für die »die Entwicklung des Preisindex der für eine Partei typischen Ausgaben« maßgeblich ist.

Bezugsberechtigt sind die Parteien, die bei der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 % oder bei einer Landtagswahl 1 % der gültigen Stimmen erhalten haben. Der Verteilerschlüssel begrenzt die Finanzierung jedoch auf die Summe, die eine Partei an Mitgliedsbeiträgen und Spenden eingenommen hat.

Für die ersten vier Millionen Stimmen erhalten die Parteien 85 Cent, für alle weiteren 70 Cent je Wähler und 38 Cent für jeden Euro, den sie selbst an Beiträgen und Spenden eingenommen haben.

Überlegen Sie sich also gut, welcher Partei Sie nicht nur Ihre Stimme, sondern auch Ihr Geld geben wollen.

Ihre UN-Mitarbeiter

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Internet:

<http://www.un-nachrichten.de>
<http://www.un-archiv.de>

Impressum:

Herausgeber:
Freundeskreise Unabhängige Nachrichten e.V.
Alstadener Str. 49 • 46049 Oberhausen

Schriftleitung:
Annette Kruse (verantw.) und wechselnde Mitarbeiter und Einsender

Kein gewerbliches Unternehmen.

Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z. Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Nachdruck erlaubt und erwünscht.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Oberhausen

Aktuelle Wirtschaftsdaten**Erwerbstätige:**

Juni 2009: 40,202 Millionen ¹⁾
 Juli 2009: 40,149 Millionen ¹⁾

soz.-versich.-pfl. Beschäftigte:

Mai 2009: 27,419 Millionen ¹⁾
 Juni 2009: 27,422 Millionen ¹⁾

Offizielle Arbeitslosigkeit:

Juli 2009: 3.462.446 ¹⁾
 August 2009: 3.471.513 ¹⁾

Leistungsempfänger:

ALG, ALG II und Sozialgeld

Juli 2009: 7.917.693 ¹⁾
 August 2009: 7.891.313 ¹⁾

Offene Stellen:

Juli 2009: 483.593 ¹⁾
 August 2009: 485.751 ¹⁾

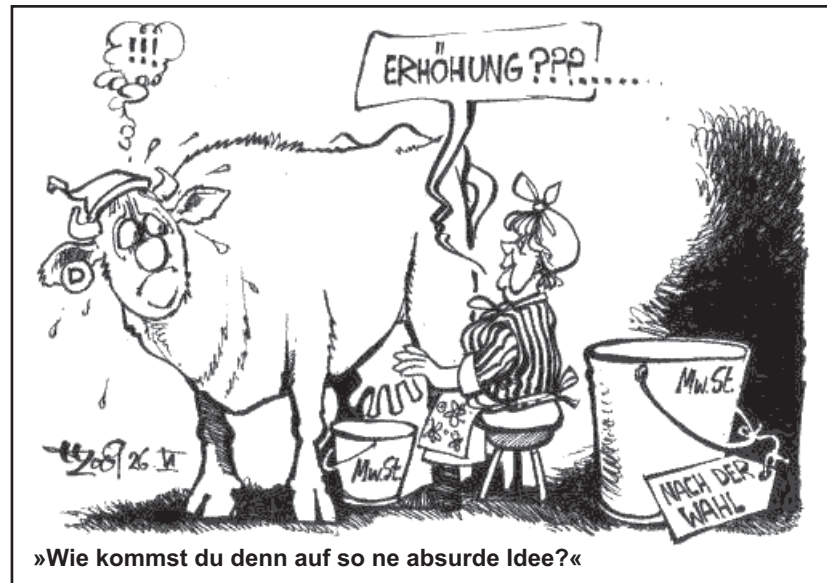
Staatsverschuldung:1.611.777.977.133 ²⁾**Schuldenzuwachs pro Sekunde:**4.439 Euro ²⁾**Schulden pro Kopf:**

14.08.2009: 19.518 ²⁾
 10.09.2009: 19.641 ²⁾

¹⁾ Bundesagentur für Arbeit, 10.9.2009²⁾ Bund der Steuerzahler, 10.9.2009**Was kommt nach der Wahl?**

68 % der Bundesbürger sind davon überzeugt, durch Wahlversprechen belogen zu werden, so eine aktuelle Umfrage der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen. Für 61 % steht sogar fest, daß Politiker keine moralischen Vorbilder mehr seien.

Der ehemalige SPD-Vizekanzler Franz Müntefering formulierte das einmal so: »Wir werden gemessen an den Versprechen aus den Wahlkämpfen. Das ist unfair. Dazwischen hat es ein Ereignis gegeben, die Bundestagswahl.« (vgl. UN 9/2006)



»Wie kommst du denn auf so ne absurde Idee?«

Haitzinger-Karikatur in der Münchner »tz« vom 26.6.2009

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Geb.am/Beruf: _____ Telefon: _____

Ihre UN-Anschriftennummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie die Nummer direkt über der Anrede Herr/Frau)

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis UN, von meinem Konto folgende Beträge abzubuchen:

 monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich einmalig ab: _____

Betrag: _____ Euro

Meine Bank/Sparkasse: _____

BLZ: _____

Konto-Nr.: _____

Anschrift/Unterschrift: _____

UN-Adreßnr.: _____